

GRÜNDO

GRÜNE in Dortmund



**SOLIDARISCHE
GESELLSCHAFT?**
WENN ALLES DA IST – ABER NICHT FÜR ALLE!

Nr.21
D E Z
2016

WWW.GRUENE-DORTMUND.DE



Liebe Freundinnen und Freunde,

nun also Solidarität als Schlüsselbegriff der vorliegenden GRINDO. Solidarität, ein nobler Begriff, mit dem sich schön punkten lässt, insbesondere in der Weihnachtszeit.

Der Gedanke der Solidarität ist aber leider auch arg gebeutelt und wird nur allzu oft inflationär gebraucht. Solidarität wird beschworen, eingefordert, empfunden, gefördert, gelebt, missbraucht, vermisst, zerstört – Solidarität ist geboten oder auch nur ein Wort ...

Und wer hat sich nicht alles schon dieses Begriffs bedient. Hier nur ein paar Zitate: „Ohne Solidarität und Verantwortung wäre das Leben sinnlos“, sagte Björn Engholm, der dann 1992 dem so genannten Asylkompromiss (Drittstaatenregelung) zustimmte. Schön auch von Erich Honecker: „Ich bitte Sie, mit mir das Glas zu erheben und zu trinken: Auf die internationale Solidarität, auf den Frieden und das Glück aller Völker [...]“ Oder zum Abschluss ein gewisser Philipp Rösler: „Freiheitsliebe, Toleranz, Solidarität – das sind urliberale Werte, die unsere Gesellschaft zusammenhalten.“ (Ohne Worte!) Gerne ermahnt so manch einer, dass „Solidarität keine Einbahnstraße“ sei. Wer aber seine Argumentation so einleitet, der verkehrt im Anschluss gerne den Solidaritätsgedanken ohne mit der Wimper zu zucken in sein Gegenteil.

Auch wir GRÜNE ringen mit dem Begriff, wie zuletzt auf der BDK im November zu sehen war. Wir versuchen ihn mit unseren Werten zu füllen und in unsere Programmatik zu übersetzen. Dabei grenzen wir uns entschieden von einer unsolidarischen Klientelpolitik ab. Solidarität, das ist

für uns mehr als nur ein nobles Wort, das je nach Lage und Stimmung gerade gut passt. „Refugees welcome“: Der Gedanke dahinter galt bei uns schon immer; und er gilt auch nach der Schließung der Balkanroute mehr denn je für uns.

Solidarität, darin steckt seinem Ursprung nach das lateinische Wort „solidus“ (also im Sinne von: fest). Nur eine solidarische Gesellschaft garantiert eine feste, stabile Gesellschaft. Nur eine solidarische Gesellschaft kann ein engmaschiges Netz bilden, in dem dann auch weitere Werte wie Gerechtigkeit, Respekt und Schutz von Minderheiten fangen. Ein Blick in die USA zeigt leider nur allzu deutlich, welche Entwicklungen drohen, wenn Solidarität innerhalb einer Gesellschaft ins Wanken gerät.

Zu welchen konkreten Ergebnissen wir bei der Ausgestaltung des Begriffs „Solidarische Gesellschaft“ kommen, das lässt sich in den aktuellen Programmdiskussionen, aber eben auch in der vorliegenden GRINDO nachlesen. Gerne laden wir dazu ein, sich bei diesem Projekt einzubringen.

In diesem Sinne:
Viele gute Gedanken beim Lesen!
Mit mehr als nur solidarischen
Weihnachtsgrüßen

Ihr und Euer



Remo Licandro ist Sprecher
des Kreisverbands Dortmund.

Inhalt

	SEITE
VORWORT Remo Licandro	2
DIE TAFEL Ganz praktisch solidarisch	4
DORTMUNDER GRÜN 2017 Integration und Mobilität	6
ELEKTROMOBILITÄT Revolutionäre Umweltentlastung oder Fortschreibung der Umweltzerstörung?	7
GLEICHE RECHTE FÜR ALLE FAMILIEN Katja Dörner über elterliche Mitverantwortung und die Diskriminierung der modernen Familien	8
WIRSING-ORANGEN-EINTOPF Zur Info-Tour nur das Feinste von und mit Anton Hofreiter	10
DIE SOLIDARISCHE GEMEINSCHAFT ... nur heiße Luft?	11
WIR BLEIBEN UNBEQUEM Luftblasen und Gewichtiges bei der Bundesdelegiertenkonferenz vom 11. bis 13. November in Münster	12
SOMMERFEST Mehr als 35 Jahre GRÜNE in Dortmund	13
UNSER QUARTETT FÜR DEN LANDTAG	14
PARTEI ERGREIFEN!	14
GRÜNE GESICHTER Lisa Schultze	15
NEUE UNTERSTÜTZUNG DER KREISGESCHÄFTSFÜHRUNG Veronika Edler	15
KONTAKT, TERMINE & IMPRESSUM	16

DORTMUNDER TAFEL

GANZ PRAKTISCH SOLIDARISCH

In der Dortmunder Nordstadt lässt sich die Bedürftigkeit der Bewohner*innen an vielen Stellen mit Händen greifen. Besonders sichtbar wird sie, wenn man um die Mittagszeit vom Borsigplatz kommend in die Osterlandwehr einbiegt. Denn hier hat die Dortmunder Tafel ihre Zentrale. Bis zu 300 Menschen kommen Tag für Tag, ziehen ihre Einkaufswagen hinter sich her, füllen sie bei der Tafel mit Lebensmitteln und erhalten damit in eine kleine Entlastung ihrer Haushaltskasse.

Die Grund-Idee der Tafel ist überzeugend einfach: Auf der einen Seite gibt es unzählige Tonnen Lebensmittel, die Tag für Tag nicht verkauft werden und weggeworfen würden. Auf der anderen Seite gibt es zahlreiche bedürftige Menschen, die von der Teilhabe an vielen ganz „normalen“ gesellschaftlichen Vollzügen ausgeschlossen sind. Was liegt da näher, als zwischen diesem skandalösen Ungleichgewicht von Überfluss auf der einen und Mangel auf der anderen Seite einen Ausgleich herzustellen.

Nachdem bereits 1993 die erste deutsche Tafel in Berlin gegründet worden war, dauerte es bis 2004, bis sich auch in Dortmund eine Gruppe engagierter Bürger*innen zusammenfand und den Dortmunder Tafel e. V. gründete. Was in einem Hinterhof in der Haydnstraße mit rund 30 Ehrenamtlichen und einem Auto begann, ist mittlerweile zu einem

mittleren Unternehmen geworden: Rund 500 Menschen engagieren sich und sammeln mit elf Fahrzeugen rund 100.000 Kilogramm Lebensmittel pro Woche ein. An den acht Standorten im ganzen Stadtgebiet Dortmunds werden diese Lebensmittel gegen einen symbolischen Beitrag von 3 Euro an rund 3800 Tafelkunden ausgegeben, wodurch (inklusive der Familienangehörigen) rund 10.000 Menschen erreicht werden. Zusätzlich erhalten über 25 soziale Einrichtungen (davon mehr als die Hälfte für Kinder) Lebensmittel, die damit Suppenküchen betreiben oder andere Angebote für sozial Schwache unterhalten.

Neben der Rettung und Weitergabe der Lebensmittel sieht die Tafel eine weitere wichtige Aufgabe darin, Menschen eine sinnvolle Beschäftigungsmöglichkeit zu bieten. Zwar ist die Arbeit bei der Tafel durchaus anspruchsvoll; dennoch sind die Mitarbeiter*innen froh, eine sinnvolle Tätigkeit zu haben, mit netten Kollegen*innen im Team zu arbeiten und gleichzeitig Bedürftigen zu helfen. Viele Mitarbeiter*innen suchen selbst Arbeit oder sind im Ruhestand und haben erlebt, wie schnell ihnen zu Hause „die Decke auf den Kopf fällt“. Mittlerweile arbeitet auch eine Reihe von Flüchtlingen bei der Tafel mit. Einerseits fassen sie kräftig mit an, andererseits können sie ihre Deutschkenntnisse erproben und verbessern. Immer wieder kommt es vor, dass der

Weg von der Mitarbeit bei der Tafel auch wieder in ein „normales“ Arbeitsverhältnis führt. Das alles hat im Leben der Tafel einen hohen Stellenwert.

Neben dem Engagement der vielen Mitarbeiter*innen lebt die Tafel von der Spendenbereitschaft Dortmunder Bürger*innen und Firmen. Öffentliche Zuschüsse erhält die Tafel nicht.

Die Nachfrage nach Tafel-Ausweisen ist sehr groß. Auf der Warteliste stehen zur Zeit rund 1400 Personen. Zum Teil warten sie ein Jahr lang, bis sie bei der Tafel einkaufen können. Daher überlegen die Verantwortlichen beständig, wie noch mehr Menschen am Angebot der Lebensmittel teilhaben können. Aktuell läuft eine Testphase mit längeren Einkaufszeiten.

Der Tafel geht es darum, einen konkreten Weg zu suchen, mit dem Ungleichgewicht von Überfluss und Mangel umzugehen. Sie kann und will damit die Politik nicht aus der Verantwortung entlassen, diesen Skandal an der Wurzel anzugehen. Solange das nicht erfolgreich passiert ist, wird sie ihre Arbeit fortsetzen.

Ansgar Wortmann ist Betriebsleiter bei der Dortmunder Tafel.

Weitere Infos: www.dortmunder-tafel.de

MENSCH LEUTE!

Um direkt den letzten Gedanken von Ansgar Wortmann von der Dortmunder Tafel aufzugreifen: Der Skandal, dass in Dortmund etwa 10.000 Menschen auf Leistungen der Tafel angewiesen sind, kann und darf Politik nicht unberührt lassen. Und er kann und darf Politik auch nicht aus der Verantwortung lassen!

Artikel 1 des Grundgesetzes besagt: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Die Sozialleistungen, die Menschen ohne oder mit zu geringem Einkommen bekommen, sind als Grundsicherung zu verstehen. Eine Grundsicherung, die nicht nur die blanke Existenz sichert, sondern Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht. Und das ist viel mehr, als die notdürftige Versorgung der Menschen mit Lebensmitteln, die andernorts nicht mehr gebraucht und damit weggeworfen würden. Die Würde des Menschen ist allein in Dortmund mindestens 10.000-fach in Frage gestellt.

Wir brauchen eine Grundsicherung, die es allen Menschen erlaubt, sich „normal“ zu versorgen und an den „normalen“ Dingen des Lebens teilzunehmen. Eine solche Grundsicherung ist dabei kein Almosen, sondern ein Grundrecht jedes Einzelnen. Das Geld, das hierfür von Seiten des Staates in die Hand genommen

wird, reicht dafür zurzeit nicht aus und muss entsprechend angehoben werden.

Solange das aber nicht der Fall ist, bringe ich den Menschen der Tafel meinen Respekt und meinen Dank entgegen! Wie viel ehrenamtliche Arbeit in den letzten zwölf Jahren seit Bestehen der Dortmunder Tafel geleistet wurde, lässt sich wahrscheinlich gar nicht richtig beziffern. Das Engagement der Tafel schließt eine wichtige Lücke bei der Versorgung der Menschen und gibt ihnen damit auch einen Teil ihrer Würde zurück. Weil die Situation ohne die Tafel noch viel, viel schwieriger wäre.

Bis wir den Skandal also an den Wurzeln endlich erfolgreich angegangen sind, wünsche ich den Menschen der Dortmunder Tafel weiterhin viel Kraft für die weitere Arbeit. Auf dass wir eines Tages gemeinsam sagen können: Gut, dass es die Tafel gab. Gut, dass wir sie heute nicht mehr brauchen!

Ulrich Langhorst
ist Sprecher der GRÜNEN Ratsfraktion.



Viele Menschen haben im vergangenen Jahr ihren neuen Lebensmittelpunkt in Dortmund gefunden. Integration ist deshalb ein Schwerpunkt des Antrags der GRÜNEN Ratsfraktion zum Haushalt 2017. Nach dem Klima-Abkommen von Paris gilt es aber auch, in den Kommunen mit dem Klimaschutz ernst zu machen. Verkehrswende bedeutet auch Gesundheitsschutz.

Der Bund macht seine Hausaufgaben nicht ...

Und das alles in einer nach wie vor äußerst angespannten finanziellen Situation. Denn auch der Dortmunder Haushalt 2017 lässt nur wenig Spielraum – er ist trotz eines Umfangs von 2,4 Milliarden Euro nur wenige Millionen Euro von der Haushalts-sicherung entfernt.

Das hat vorrangig externe Gründe. Immer noch werden die Kommunen vor allem vom Bund nicht ausreichend finanziell ausgestattet. Obwohl die Aufnahme der Geflüchteten und ihre Integration in den Kommunen stattfinden, werden die entstehenden Kosten nicht vom Bund übernommen. Und auch die von der Bundesregierung bereits 2013 versprochenen 5 Milliarden Euro Entlastung werden nicht vor 2018 bei den Kommunen ankommen.

Bis heute gibt es keine armutsfeste Kindergrundsicherung für die über 30 Prozent Dortmunder Kinder und Jugendlichen, die von Sozialleistungen leben. Auch hier trägt der Bund die Hauptverantwortung. Außerdem muss die Reduzierung von Eingliederungsmitteln zurückgenommen werden, um eine effektivere und aktive Arbeitsmarktpolitik – auch für einen sozialen Arbeitsmarkt und die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit – betreiben zu können. Und schließlich ist auch die dauerhafte und komplette Finanzierung der Schulsozialarbeit durch den Bund notwendig.

... und die Stadt jede Menge Fehler

Dazu kommen teure kommunalpolitische Fehlentscheidungen: Bis zu 8 Millionen Euro Folgekosten können allein durch die Ablehnung des Baus einer neuen Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge durch SPD und CDU entstehen.

Gleichzeitig fallen für die Stadt Einnahmen aus Renditen weg: Das Festhalten an RWE zahlt sich nicht mehr aus, für die STEAG sind die wirtschaftlichen Aussichten ebenfalls düster. Effizienzgewinne durch eine strukturelle Neuorganisation der Verwaltung bleiben ebenso hinter den Erwartungen zurück wie die Fortschritte in der Personalentwicklung.

Hier ist Nachhilfe bitter nötig

Trotz alledem will die GRÜNE Fraktion die eingegengten finanziellen Spielräume nutzen und Schwerpunkte bei der Integration und Mobilität setzen.

► Konkret unterstützt werden soll der Verbund sozial-kultureller Migrantenvereine als Betreiber des „Haus der Vielfalt“. Das Haus wird inzwischen von 50 Migrantenorganisationen genutzt, die monatliche Zahl der Besucher*innen ist auf 10.000 gestiegen.

► Und auch das Projekt „Ankommen“ soll zur Bewältigung der ehrenamtlichen Betreuung und Integration von geflüchteten Menschen in eigenen Wohnungen gefördert werden. Inzwischen leben in Dortmund über 4100 Geflüchtete in Wohnungen, darunter über 2800, die im Jahr 2016 untergebracht werden konnten. Das zeigt die Dimension der Aufgabe.

► Notwendig ist auch die Ausweitung der kommunalen Flüchtlingsberatung. Die stadtwweit zurzeit vorhandenen zwei Stellen werden dem großen Beratungsbedarf nicht gerecht.

► Nicht tragbar sind für die GRÜNE Fraktion die vorgesehenen Kürzungen beim Fahrdienst für Menschen mit Behinderung, da sie mit Qualitätseinbußen verbunden wären. Notwendig ist stattdessen im Rahmen der Fortschreibung des Masterplans Mobilität eine grundlegende Analyse des Bedarfs. Nur auf dieser Grundlage können der zukünftig erforderliche Umfang und die notwendige Qualität des Fahrdienstes definiert werden.

► Klimaschutz muss vor Ort beginnen. Noch immer werden in Dortmund die Grenzwerte für Stickstoffdioxid deutlich überschritten, vor allem durch den Autoverkehr. Um diesen einzudämmen und zugleich die wachsenden Mobilitätsbedürfnisse zu befriedigen, muss die umweltverträgliche Mobilität viel stärker als bisher gefördert werden.

► Der GRÜNE Haushaltsantrag fordert deshalb, dass die Zahl der Fahrradstraßen in Dortmund bis 2020 auf mindestens 50 erhöht wird. Zusätzlich sollen in einem ersten Schritt 12 Mobilitätsstationen – jeweils eine pro Stadtbezirk – geschaffen werden, an denen Fahrradabstellanlagen, E-Bike-Lademöglichkeiten, Carsharing- und Leihfahrrad-Standorte und ÖPNV miteinander verknüpft werden.

Nach Beratung im Finanzausschuss zeichnet sich ab, dass unsere Anträge keine Mehrheit finden. Wir werden dem Haushalt nicht zustimmen.

Die GRÜNEN im Rat fassen in diesem Artikel ihren Haushaltsantrag 2017 zusammen.



REVOLUTIONÄRE UMWELT-ENTLASTUNG ODER FORTSCHREIBUNG DER UMWELTZERSTÖRUNG?

Die Elektromobilität hat nach der Straßenbahn, den O-Bussen und den elektrifizierten Bahnstrecken auch das Fahrrad und das Auto erreicht. Dieser Wandel – weg vom Verbrennungsmotor hin zum Elektromotor – könnte die Städte wie Dortmund von Luftschadstoffen und Lärm entlasten. Die Stickstoffdioxidemissionen überschreiten seit Jahren an den verschiedenen Mess-Stellen in Dortmund die zulässigen Grenzwerte. So wurde beispielsweise im September vom Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz erneut an der Brackeler Straße, an der vor allem Menschen mit niedrigem Einkommen wohnen, der höchste Tageswert in ganz NRW gemessen – mit 242 Mikrogramm lag er an einem Montag sechsmal so hoch wie der zulässige Grenzwert von 40 Mikrogramm. Der Jahresmittelwert lag für 2015 bei 49 Mikrogramm. Ähnlich sieht es an den anderen Mess-Stellen aus – die Belastung der Atemluft ist in der ganzen Stadt ein großes Problem. Das ist eine permanente Verletzung der Gesundheit vor allem der Anwohner*innen, die an vielbefahrenen Einfallstraßen günstigen Wohnraum finden. Keine Frage: Wir brauchen dringend emissionsfreie Antriebsalternativen und ein grundsätzlich verändertes Verkehrsverhalten.

Google-Car als Lösung?

Einen Beitrag dazu könnte auch das autonom fahrende Elektroauto leisten, das nach der Klärung von Versicherungs- und Haftungsfragen bald auf unseren Straßen fahren könnte. Der Besitz eines eigenen Autos könnte überflüssig werden, wenn auf Bestellung über das Smartphone in kurzer Zeit ein Elektroauto vor der Haustür steht. Sinkt über diesen Weg die Anzahl der Autos, würde sich zugleich auch der Flächenhunger für Automobilität deutlich reduzieren. Untereinander kommunizierende und vernetzte Autos können zudem vorhandene Straßenkapazitäten optimal ausnutzen.

Doch diese Visionen haben auch Schattenseiten: Autonom fahrende Autos machen beispielsweise die Sorgen um einen Parkplatz überflüssig. Damit entfällt ein wichtiges Argument für die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel. Oder was ist mit der Produktion und dem Recycling von Elektro-Autos? Welche Stoffe sind bei der Batterie- und Digitaltechnik unverzichtbar? Wie sind die Arbeitsbedingungen bei der Förderung dieser Stoffe? Welche Altlasten fallen an? Diese Debatte, die noch gar nicht richtig begonnen hat, muss mit großer gesellschaftlicher Verantwortung geführt werden, die sich sowohl durch die neuen Spielräume als auch durch die sich rasant entwickelnde Automatisierung in allen Bereichen ergibt.

Erstmal an das Fahrrad denken

Elektromobilität kann sinnvoll sein. Der motorisierte Individualverkehr ist dabei nur ein Aspekt. Vorrangig für uns bleiben aber die Verbesserung des ÖPNV und der Ausbau des Radverkehrs, für den wir immer wieder einen größeren Mitteleinsatz – finanziell und personell – einfordern. Klar ist: Um die Luftqualität in Dortmund zu verbessern, brauchen wir eine echte Verkehrswende mit weniger motorisiertem Individualverkehr und einer umweltfreundlichen Citylogistik, auch im gewerblichen Bereich. Wir brauchen – über die Stadt Dortmund hinaus – eine grundlegende Vernetzung aller vorhandenen Angebote und den leichten Umstieg von einem zum anderen Verkehrsmittel. Dies haben wir in unseren Haushaltsanträgen eingefordert und auch im Beirat Nahmobilität thematisiert. Auf GRÜNES Drängen hin ist auch ein Mobilitätskonzept im RVR in Arbeit. Einheitliche Tarifstrukturen über den Verbund des VRR hinaus und eine Mobilitätskarte, wie sie derzeit auf GRÜNER Bundesebene entwickelt wird, sind weitere wichtige Bausteine, um diese grundlegende Vernetzung auf den Weg zu bringen.


Matthias Dudde
ist GRÜNES Ratsmitglied.

MITREDEN? ZUM BEISPIEL HIER:

Im Rahmen der Fortschreibung des **MASTER-PLANS MOBILITÄT** lädt die Stadt zum öffentlichen Dialog über das strategische Leitbild für Mobilität 2030 ins Rathaus ein.

20. Februar 2017, 17:00 Uhr
29. Juni 2017, 17:00 Uhr

Ab Januar alle Infos auch unter
www.masterplanmobilitaet.dortmund.de



KATJA
DÖRNER ÜBER
ELTERLICHE MITVER-
ANTWORTUNG UND DIE
DISKRIMINIERUNG DER
MODERNEN FAMILIEN

GLEICHHE RECHTE FÜR ALLE FAMILIEN

Immer mehr Kinder leben nicht in „klassischen“ Familien – also bei miteinander verheirateten, biologischen Eltern. Fast jede siebte Familie mit minderjährigen Kindern ist eine Patchwork-Familie, und jedes sechste Kind wird von nur einem Elternteil aufgezogen. Schon 2009 lebten etwa 16.500 bis 19.000 Kinder in gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften. Das ergab die bisher größte Studie zu Regenbogenfamilien.

Unser Grundgesetz verlangt, allen Kindern „die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft“ zu ermöglichen. Doch nach wie vor wird die Ehe zwischen Mann und Frau als Familienform bevorteilt. Das wird dem verfassungsmäßigen Auftrag aber nicht gerecht. Denn durch die vielfältigen Formen des Zusammenlebens sind „Mama“ oder „Papa“ nicht immer die Elternteile im biologischen oder gesetzlichen Sinne. Soziale Eltern – also erwachsene Bezugspersonen, die elterliche Verantwortung für die in der Familie lebenden Kinder übernehmen und zu denen das Kind eine Beziehung aufgebaut hat – spielen in immer mehr Familien eine große Rolle. Das deutsche Familienrecht muss sich den real existierenden Familien anpassen – nicht umgekehrt. Deshalb besteht dringender Handlungsbedarf.

Präkonzeptionelle Elternschaftsvereinbarung einführen ...

Kinder wachsen in gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften ebenso gut auf wie bei heterosexuellen Eltern. Doch lesbischen und schwulen Eltern werden bei der Familiengründung noch immer Steine in den Weg gelegt. Viele rechtliche Unsicherheiten und auch konkrete Benachteiligungen bestehen weiter fort – ein Zustand, der vor allem nicht im Sinne der Kinder ist. So müssen die Lebenspartnerinnen lesbischer Mütter, die Co-Mütter, ihre Kinder weiterhin in einem aufwendigen Verfahren adoptieren, während es innerhalb einer Ehe die sogenannte „gesetzliche Fiktion“ gibt. Damit gilt der Ehemann automatisch als Vater eines in die Ehe hineingeborenen Kindes, unabhängig davon, ob er auch der biologische Vater ist. Damit hat jedes Kind verheirateter Eltern automatisch zwei Erwachsene, die unterhaltspflichtig und rechtlich voll verantwortlich sind. Dies ist eine wichtige Absicherung der Kinder. Für lesbische Paare wollen wir eine präkonzeptionelle Elternschaftsvereinbarung einführen, die es ermöglicht, schon vor der Zeugung rechtsverbindlich gemeinsam die rechtliche Elternschaft zu erklären.

... und Mehreltern-Konstellationen absichern

In vielen Familien übernehmen mehr als zwei Personen Verantwortung für das Kind oder die Kinder – in Patchwork-Familien, in der die biologischen Eltern neue Partner*innen haben, oder in Regenbogenfamilien, in der ein lesbisches und ein schwules Paar gemeinsam Kinder bekommen.

Leider fehlt in Deutschland ein gesetzlicher Rahmen für soziale Eltern in Mehrelternkonstellationen und das, obwohl soziale Eltern feste Wegbegleiter*innen für ihre Kinder sind. Bisher dürfen nur die leiblichen beziehungsweise sorgeberechtigten Eltern über wichtige, das Wohl des Kindes betreffende Belange entscheiden. So dürfen soziale Eltern beispielsweise bei Arztbesuchen nicht sagen, ob dem Kind Blut entnommen werden darf. Ebenso dürfen Lehrer*innen die sozialen Eltern nicht über die schulischen Leistungen des Kindes informieren. Auch Urlaubsreisen eines Elternteils mit dem Kind ins Ausland können problematisch werden, wenn beide Erwachsene und das Kind unterschiedliche Nachnamen haben – dieses Problem besteht im Übrigen auch für die biologischen Eltern. Mitunter können hier zwar Vollmachten Abhilfe schaffen, jedoch ist es mühsam, für alle Situationen eine Vollmacht dabei zu haben. Außerdem kann eine Vollmacht jederzeit einseitig

wider-
rufen werden,
sodass sie keine lang-
fristige Stabilität gewährt.

Bisher gibt es für die sozialen Eltern lediglich die Möglichkeit des sogenannten „kleinen Sorgerechts“. Damit können die Lebenspartner*innen der leiblichen Eltern im Schulalltag Zeugnisse oder Entschuldigungen unterschreiben oder bei der medizinischen Versorgung oder Freizeitgestaltung des Kindes Entscheidungen treffen. Jedoch wird das kleine Sorgerecht nur dann anerkannt, wenn der leibliche und der soziale Elternteil miteinander verheiratet sind oder in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft leben. Paare, die sich gegen eine registrierte Form des Zusammenlebens entscheiden, können also das kleine Sorgerecht nicht in Anspruch nehmen.

Wir sprechen uns für ein neues Rechtsinstitut aus: die „elterliche Mitverantwortung“. Hier könnten neben den leiblichen Eltern noch zwei zusätzliche Erwachsene ein elterliches Fürsorgerecht erhalten, allerdings auf freiwilliger Basis, das heißt dass die rechtlichen Elternteile zustimmen müssen. Wie beim kleinen Sorgerecht könnten auch hiermit Angelegenheiten des täglichen Lebens geregelt werden, ohne dass aber eine amtlich eingetragene Partnerschaft zwischen leiblichen und sozialen Eltern bestehen muss. Die elterliche Mitverantwortung wäre dann durch ein ausweisähnliches Dokument nachweisbar und würde nicht nur Rechtssicherheit für die Familien bedeuten, sondern auch für

Dritte wie
Lehrer*innen,
Ärzt*innen oder Behörden.
Das umständliche Hantieren mit
Vollmachten würde sich also erübrigen.
Auch müsste nicht wie bei der Stief-
kindadoption einer der biologischen
Elternteile auf das rechtliche Abstam-
mungsverhältnis zum Kind verzichten.

Für uns ist klar: Wir müssen die Gesetz-
gebung von der Position des Kindes aus
betrachten. Die Kinder gehören in den
Mittelpunkt aller Überlegungen: Die
momentane Gesetzeslage diskriminiert
Kinder, die nicht in einer heterosexuel-
len Ehe aufwachsen. Diese Diskriminie-
rung wollen wir beenden.

Neue Formen des Zusammenlebens stärken

Viele Menschen leben verbindlich und
solidarisch zusammen, ohne miteinander
verheiratet oder verpartnert zu sein.
Neue Wohn- und Lebensformen wie
Alten-WGs oder Mehrgenerationenhäu-
ser rufen nach neuen Formen rechtli-
cher Absicherung. Andere Länder sind
hier vorangegangen: In Frankreich gibt
es den *pacte civil de solidarité* („ziviler
Solidaritätspakt“) und in Schweden das
„Sambo-Gesetz“. Von diesen Ländern

wollen wir
lernen. Wichtig
ist, dass niemand in
seiner Beziehung in eine
Rechtsform gezwungen wird – es
muss vielmehr darum gehen, neue Mög-
lichkeiten der rechtlichen Absicherung
zu eröffnen, da sich Verantwortungs-
übernahme und Sorge füreinander heute
vielfältig darstellen.

Katja Dörner ist stellvertretende Frakti-
onsvorsitzende der GRÜNEN im Bundes-
tag. Sie ist politische Koordinatorin im
Arbeitskreis Wissen, Generationen und
Gesundheit sowie Mitglied im Ausschuss
für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.





WIRSING-ORANGEN-EINTOPF

ZUR INFO-TOUR NUR DAS FEINSTE VON UND MIT ANTON HOFREITER

Woher kommt das Essen auf unseren Tellern? Wie ernähren wir uns nachhaltig, ökologisch verträglich und gesund? Wie werden Tiere tatsächlich gehalten? Fragen, die längst in der gesellschaftlichen Mitte angekommen sind, konnten zahlreiche GRÜNE und Interessierte am 25. Oktober mit Anton Hofreiter, Sprecher der GRÜNEN Bundestagsfraktion, im Dortmunder Restaurant JOSEPHS diskutieren.

Im Juni dieses Jahres erschien sein Buch „Fleischfabrik Deutschland“. Das Thema: Die Massentierhaltung hat mit den idyllischen Bauernhöfen, Freiland-Wiesen und hölzernen Hofgebäuden, die uns Werbung und Verpackung von Fleischprodukten im Supermarkt versprechen, nichts mehr zu tun. Die Gäste erwartete aber mehr als eine der altbekannten Podiumsdiskussionen: Während Heinz Bünger den Abend moderierte und die Gäste bei einem Glas Wein begrüßte, begab sich Toni Hofreiter vor den Augen der Anwesenden an den Herd, um Nachhaltigkeit und leckeres Essen keine leeren Worte bleiben zu lassen. Für die Anwesenden kochte er gemeinsam mit Petra Jäger vom „Pittken“ in Menden einen schmackhaften Wirsing-Orangen-Eintopf.

Während das Essen im Topf vor sich hin köchelte, präsentierte Toni in drei kurzen Passagen Kostproben seines Buches. Eindrucksvoll berichtet der in Bayern aufgewachsene Fraktionschef, wie südamerikanischen Indigene und Kleinbäuer*innen verfolgt und vertrieben werden, um

gentechnisch veränderte Sojapflanzen unter dem Einsatz von Totalherbiziden auf riesigen Plantagen anpflanzen zu können. Das „Blutsoja“ wird anschließend von deutschen Mastbetrieben als Futtermittel für unsere Fleischproduktion importiert.

In einem weiteren Ausschnitt schildert Toni Hofreiter die Bedingungen, unter denen Tiere für unsere Fleischproduktion gehalten werden. Die Ringelschwänze werden im Schweinemastbetrieb, den Hofreiter für Recherchen besucht hat, routinemäßig nach der Geburt amputiert. Unter den herrschenden Bedingungen würden sich die intelligenten und reinlichen Tiere sonst gegenseitig anfressen und verletzen. Nicht die Ställe werden den Tieren, sondern die Tiere den Ställen angepasst. Mit Tierwohl hat das nichts zu tun!

Trotz der gemütlichen Atmosphäre wird anschließend natürlich munter diskutiert: Welche politischen Entscheidungen müssten getroffen werden? Welche Rolle können die GRÜNEN dabei einnehmen? Toni schlägt vor allem Transparenz und Aufklärung vor. Wie bei Eiern müssen Verbraucher*innen auch bei Fleischprodukten beim Kauf sehen können, unter welchen Bedingungen die Lebensmittel hergestellt wurden. Ein einfacher Zahlencode könnte an dieser Stelle bereits Abhilfe schaffen. In einem Punkt waren sich alle einig: Die GRÜNEN in der Regierungsverantwortung sind hier der erste Schritt auf dem Weg raus aus der Massentierhaltung!

In geselliger Runde konnte nun endlich Toni Wirsing-Orangen-Eintopf kredenz werden. Alle Anwesenden waren eingeladen bei einem Glas Wein den Abend ausklingen zu lassen und sich das neu erworbene Exemplar von „Fleischfabrik Deutschland“ vom Autor persönlich signieren zu lassen. Heinz Bünger stellte abschließend fest: „Dass du wählbar bist, wussten wir schon lange, Toni. Ab heute wissen wir auch, dass du alltagstauglich bist. Vielen Dank, dass du da warst!“

Julian Jansen ist Sprecher des Ortsverbands Innenstadt-West.

GRÜNE URWAHL!

Wer bis zum **1. November** Mitglied wurde, kann mitbestimmen, wer **GRÜNE Spitzenkandidatin** und wer **GRÜNER Spitzenkandidat** bei der Bundestagswahl wird. Anfang Dezember wurden die Wahlunterlagen verschickt. Es kandidieren Katrin Göring-Eckardt, Robert Habeck, Anton Hofreiter und Cem Özdemir.

Alle Infos zur Urwahl:
www.gruene.de/urwahl



DIE SOLIDARISCHE GEMEINSCHAFT...

... NUR HEISSE LUFT?

Liebe Grüne in Dortmund, die Schaufenster-Politik von Union und SPD hat bereits begonnen!

Zum Thema „solidarische Gesellschaft“ hört man gerade viel aus Berlin. Erst Ende Oktober beschäftigten gleich drei Themen zur Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik den Deutschen Bundestag: die Flexirente, die Leiharbeit und der Hartz-IV-Regelsatz. Drei Gesetzentwürfe der Großen Koalition, die durchaus dringend zu regelnde Anliegen adressieren. So benötigen wir einen flexiblen und selbstbestimmten Übergang in den Ruhestand und die Ermöglichung eines längeren Verbleibs am Arbeitsplatz, insbesondere für gesundheitlich beeinträchtigte Personen. Auch benötigen wir Regelungen, um den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen zu verhindern, um Lohndumping zu verhindern. Zudem benötigen wir einen Regelsatz, der tatsächlich existenzsichernd ist, der es Menschen trotz Sozialleistungsbezug ermöglicht, an der Gesellschaft teilzuhaben.

Leider aber werden alle drei Gesetze ihren selbst gesetzten Ansprüchen nicht gerecht. Anstatt sich auf wirklich der Sache dienliche Regelungen zu verständigen, haben sich Union und SPD jeweils auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner wiedergefunden. Und dieser Nenner ist genau so klein, dass er weder den Sozial- noch den Christdemokraten wirklich weh tut. Das hat zur Folge, dass die jeweiligen Gesetze an der tatsächlichen Lebenswirklichkeit der Menschen kaum etwas ändern werden. Beim Themenkomplex Leiharbeit haben selbst die Koalitionäre noch große Fragezeichen ob der Wirksamkeit. Der Missbrauch von Leiharbeit nämlich wird

nicht nur nicht verhindert. Durch die in Kraft getretenen Regelungen werden Tarifverträge sogar unattraktiver und die Gewerkschaften geschwächt. Die vorgeschlagenen Regelungen zum Hartz-IV-Regelsatz werden auch weiterhin nicht im ausreichendem Maße den auf Sozialleistung Angewiesenen die gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Beim Thema Flexirente wird zwar Richtiges bei Prävention und Reha getan. Auch die Zuverdienst-Regelungen bei der Teilrente werden besser, bleiben aber kompliziert. Sie sind sogar so kompliziert, dass sich quasi alle Expertinnen und Experten darüber einig sind, dass die Attraktivität dieser Teilrente eben nicht gesteigert wird. Im Gegenteil. Eine große Unsicherheit wird diesen komplizierten Regelungen folgen, sämtliche Rechtsberatung über die Sozial- und Wohlfahrtsverbände bis hin zu den Gewerkschaften werden bei Fragen des Hinzuverdienstes im Rahmen der Teilrente an die Beratung der Deutschen Rentenversicherung verweisen.

Bei der Flexirente tritt die Große Koalition auf der Stelle

Wir GRÜNE sind der Meinung, dass sich Union und SPD mit den neuen Hinzuverdienst-Regelungen bei der Teilrente ein faules Ei ins Nest gelegt haben. Das ist ein echtes Problem. Denn transparent und intelligent ausgestaltet, könnte die Teilrente doch ihrer sozialpolitischen Funktion durchaus gerecht werden: Personen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr in Vollzeit weiterarbeiten können, sollen kürzer treten und mit der Teilrente einen Lohnersatz erhalten. Nur so können wir die Abgehängten, also die Leute, die ohne weitere Hilfen keine

Chance haben, eine verlängerte Lebensarbeitszeit zu verwirklichen, wieder mitnehmen.

Wir brauchen Regelungen, die arbeitsmarkt- und sozialpolitisch den Unterschied machen und – im Gegensatz zu dieser Großen Koalition aus Union und SPD – die Lebenswirklichkeit der Menschen entscheidend verbessern. Leider gleichen die beschriebenen Vorhaben eher einer Schaufenster-Politik. Die Vorbereitungen für den Wahlkampf haben schon längst begonnen. Dieses Muster wiederholt sich beim Thema Alterssicherung. Die Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles hat Ende November ein Gesamtkonzept vorgestellt und damit den Rentenwahlkampf eröffnet. Die Themenpalette ist breit und geht vom Rentenniveau bzw. Beitragssatz über die Betriebs- und Riesterreente sowie die Erwerbsminderungs-, Lebensleistungs- und „Mütterrente“ bis hin zur Renteneinheit und dem Einbezug Selbständiger in die gesetzliche Rentenversicherung. Ein gemeinsamer Kompass der Großen Koalition ist kaum erkennbar, obwohl doch gerade in der Alterssicherungspolitik Nachhaltigkeit, Vertrauen und Verlässlichkeit so wichtig sind.

Hierüber kann und werde ich gerne an späterer Stelle berichten.

Euer

Markus Kurth

Markus Kurth ist unser GRÜNER Abgeordneter im Deutschen Bundestag.



LUFTBLASEN UND GEWICHTIGES BEI DER BUNDESDELEGIERTENKONFERENZ VOM 11. BIS 13. NOVEMBER IN MÜNSTER

Brexit, die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten, Weltklimakonferenz in Marrakesch: Unter diesen Vorzeichen diskutierten die Delegierten über die Zukunft Europas sowie die Energie- und Verkehrspolitik.

Einig zu Europa

„Die EU ist trotz der internen Streitigkeiten ein Garant für Frieden in Europa.“ Das stellten alle Redner*innen heraus. Cem Özdemir betonte: „Die Rückkehr zu Nationalstaaten löst keine Probleme.“ Beeindruckend waren die Auftritte der Gastredner. Insbesondere Mithat Sançar, Abgeordneter der türkischen Oppositionspartei HDP, plädierte angesichts der Verfolgung und Verhaftung von Kurd*innen, Oppositionspolitiker*innen, Journalist*innen und Akademiker*innen dafür, Demokratie und Menschenrechte europaweit zu stärken. Er hob die Solidarität der GRÜNEN mit den Verfolgten in der Türkei hervor und bat um weitere starke GRÜNE Unterstützung. Auch Alyn Smith, schottischer Abgeordneter im Europaparlament, mahnte, die EU nicht den Rechtspopulist*innen zu überlassen, sondern die zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und Institutionen in europäischen Gesellschaften zu stärken.

Solidarische Gesellschaft auch für Superreiche

Sechs Stunden (!) lief die Debatte zur sozialen Gerechtigkeit. Die Gastredner, der DGB-Vorsitzende Rainer Hoffmann und der Vorsitzende der Diakonie Deutschland, Ulrich Lilie, betonten die großen Schnittmengen mit GRÜNEN Positionen zur Schaffung von sozialer Gerechtigkeit und zum Zusammenhalt der Gesellschaft. In Übereinstimmung mit dem GRÜNEN Antragspapier kritisierten sie u. a. die mangelnde Bildungsgerechtigkeit und die Kinderarmut. Rainer Hoffmann nannte die Abschaffung der Vermögenssteuer einen Fehler. Dieser Punkt war aber GRÜN-intern besonders umstritten. In der langen Diskussion sprach sich besonders Winfried Kretschmann gegen die Einführung einer Vermögenssteuer aus. Letztlich erhielt die von Kathrin Göring-Eckard, Toni Hofreiter und anderen erarbeitete Kompromissformel eine deutliche Mehrheit: „... wollen wir der starken Vermögensungleichheit und damit einer sozialen Spaltung mit einer verfassungsfesten, ergiebigen und umsetzbaren Vermögenssteuer für Superreiche entgegenwirken.“

Einig waren sich die Antragsteller*innen im Grundsatz, dass das Ehegattensplitting abgeschafft werden soll. Es gab aber Meinungsverschiedenheiten, ob es eine Übergangsfrist für bestehende Ehen geben oder die Abschaffung nur für neue Ehen gelten soll. Letztlich setzte sich diese defensive Variante durch. Nach einer lebhaften Debatte konnten sich Sven Lehmann und andere mit ihrem Antrag zur Abschaffung von Sanktionen für SGB-II-Leistungsempfänger*innen (Hartz-IV) bei der Basis durchsetzen. Ebenso fand der Antrag der GRÜNEN Jugend für eine Mindestausbildungsvergütung analog dem gesetzlichen Mindestlohn eine Mehrheit. Teil des Beschlusses war auch das GRÜNE Rentenkonzept, das eine Kommission unter Federführung unseres Bundestagsabgeordneten Markus Kurth erarbeitet hat. Es setzt auf eine starke und gesicherte gesetzliche Rente. Insgesamt hat sich durch diesen Antrag das sozialpolitische Profil der GRÜNEN deutlich geschärft. Jetzt gilt es die beschlossenen Punkte, insbesondere zur Vermögenssteuer und zum Ehegattensplitting, auch im Bundestagswahlprogramm zu verankern.

Gäste mit und ohne Einfluss

„Fasst mutigere Beschlüsse, als im Leitantrag vorgesehen!“, forderte Gastredner Jürgen Resch von der Deutschen Umwelthilfe. Viel Beifall erhielt er dafür und der Erfolg blieb nicht aus. Denn es wurde beschlossen, aus der Kohlenutzung bis zum Jahre 2025 auszusteigen und das Ausbautempo der Erneuerbaren zu beschleunigen mit dem Ziel von 100 Prozent Ökostrom 2030. In der Verkehrspolitik wird das Jahr 2030 als Zeitpunkt definiert, ab dem kein Auto mit fossil betriebenen Verbrennungsmotor mehr neu zugelassen wird. Daher darf die Automobilindustrie dann nur noch emissionsfreie Autos auf den Markt bringen. Dieses Ziel konnte oder wollte der im Vorfeld sehr umstrittene Gastredner, Daimler-Chef Dieter Zetsche, nicht teilen. Seine Rede war über weite Strecken eine Rechtfertigung für den Bau von großen benzinschluckenden und CO₂-ausstoßenden Fahrzeugen. In Bezug auf die Zukunft, insbesondere den Bau von Elektrofahrzeugen, blieb er vage. Konkrete Ziele nannte er nicht. Insofern entsprachen die Seifenblasen, mit denen er empfangen wurde, durchaus dem Inhalt seiner Rede: außer luftigen Aussagen keine Zusagen für eine GRÜNE Verkehrspolitik der Zukunft.

Kerstin Feldhoff ist Beisitzerin im Vorstand des Kreisverbands.

SOMMERFEST

„Mehr als 35 Jahre GRÜNE in Dortmund“ feierten wir im September – und blickten zurück auf hunderte Fotos, handschriftliche Protokolle und vergilbte Wahlprogramme. So entspannt sich ein munteres Raten, Staunen und Erinnern ...
Ja, das waren wir und es war gut so.





Barbara Brunsing, Svenja Noltemeyer, Ulrich Langhorst, Mustapha Essati.

UNSER QUARTETT FÜR DEN LANDTAG

ULRICH LANGHORST UND SVENJA NOLTEMEYER AUF DER LANDESLISTE

Die GRÜNE Landesliste aufstellen – das ist keine einfache Sache. Und auch diesmal war es ein großes Puzzlespiel im Vorfeld: Wer bewirbt sich für welchen Listenplatz, wie können alle Interessen angemessen berücksichtigt werden? Jeder Kreisverband und jede Region will natürlich ganz weit vorn zum Zug kommen. Erfahrene Abgeordnete sollen ihr Wissen auch in der nächsten Wahlperiode einbringen, gleichzeitig sollen aber auch neue Leute dazu kommen. Die Themenbereiche müssen abgedeckt sein, auch die GRÜNE Jugend soll auf der Liste gut vertreten sein.

Hinzu kommt das bewährte GRÜNE Verfahren zur Sicherung der Frauenquote: Der erste Listenplatz ist einer Frau vorbehalten ebenso wie alle weiteren „ungeraden“ Plätze 3, 5, 7 etc. Für die geraden Plätze gibt es „offene Listen“ – hier können Männer und Frauen kandidieren. So erreichen wir immer einen Frauenanteil von mindestens 50 Prozent.

Im September wählte der GRÜNE Landesparteitag die Landesliste zur Landtagswahl 2017. Wir freuen uns, dass Ulrich Langhorst, Sprecher der GRÜNEN Ratsfraktion, mit Platz 24 dabei

einen aussichtsreichen Platz erhielt. „Mir ist es wichtig, auf die Menschen zuzugehen, den Austausch zu suchen und zuzuhören. Das gilt für den Wahlkampf aber vor allen Dingen auch danach. Mitsprache, Diskussion und Verständigung sind meiner Meinung nach zentral für eine lebendige Demokratie.“

In einer starken zweiten Reihe steht Svenja Noltemeyer auf Platz 45 der Liste: „Ich möchte die Themen der Kreativwirtschaft und Stadtentwicklung durch Kultur stärker in die NRW-Fraktion einbringen. Im Wahlkampf möchte ich für mehr Mitbestimmung und für neue Nutzungen werben. Gemeinsam mit den Menschen vor Ort möchte ich ein Bild zeichnen, das lebenswerte Quartiere zeigt. Wie diese Quartiere angesichts des digitalen, klimatischen und demografischen Wandels in den kommenden 20 Jahren gestaltet werden müssen, das wird spannend werden.“

Die ganze Liste steht unter:
gruene-nrw.de/presse/gruene-nrw-ziehen-mit-starkem-team-in-den-wahlkampf/

AUCH WIR HABEN SCHON GEWÄHLT – UNSERE DIREKTKANDIDAT*INNEN

Bei unserer Mitgliederversammlung im November wählten wir die Direktkandidat*innen für die Dortmunder Wahlbezirke zur

Landtagswahl. Diese Vier werden im Wahlkampf an vorderster Front werben, kämpfen und die Wähler*innen gewinnen:

Wahlkreis **111** – Huckarde, Innenstadt-West, Mengede
Svenja Noltemeyer (36)
 Dipl.-Ing. Raumplanung

Wahlkreis **112** – Eving, Innenstadt-Nord, Innenstadt-Ost
Ulrich Langhorst (48)
 Sprecher der GRÜNEN Ratsfraktion

Wahlkreis **113** – Aplerbeck, Brackel, Scharnhorst
Mustapha Essati (28)
 Jura-Student

Wahlkreis **114** – Hörde, Hombruch, Lütgendortmund
Barbara Brunsing (56)
 Geografin

Wer sie jetzt schon kontaktieren und unterstützen möchte:

svenja.noltemeyer@gruene-dortmund.de

langhorst@gruene-dortmund.de

mustapha.essati@gruene-dortmund.de

barbara.brunsing@gruene-dortmund.de

PARTEI ERGREIFEN!

Das Erstarken der rechtspopulistischen AFD, die wachsende Zustimmung zu Nationalismus und Menschenfeindlichkeit, der Brexit und ganz aktuell auch die Wahl von Donald Trump haben viele Menschen aufgerüttelt. Solidarität, Chancengerechtigkeit, Vielfalt, Toleranz, Selbstbestimmung ... – das, wofür wir GRÜNEN seit über 30 Jahren eintreten, ist in Gefahr.

Dieses Gefühl weckt anscheinend bei Vielen den Wunsch, diesen Strömungen energisch entgegen zu treten. Wir merken das daran, dass wir derzeit viele neue Mitglieder in unserem Kreisverband begrüßen dürfen. Im kommenden Jahr stehen uns im Mai und im September wichtige Wahlen bevor, und wir wollen möglichst viele Menschen anstiften, gemeinsam mit uns gegen demokratiefeindliche und unsolidarische

Tendenzen in Politik und Gesellschaft zu kämpfen! Es steht Einiges auf dem Spiel und wir können es uns nicht leisten, zu denken, dass das mit uns nichts zu tun hat. Denn es geht um uns alle.

Wir rufen Euch dazu auf, mitzumachen, uns zu unterstützen und aktiv zu werden – ergreift Partei!

Katja Bender ist Sprecherin des Kreisverbands Dortmund.

GRÜNE GESICHTER



LISA SCHULTZE

Lisa, wie kam das eigentlich, dass du Mitglied bei den GRÜNEN wurdest?

Ich wollte nicht nur über Probleme reden, sondern sie auch anpacken und lösen. In der Politik sah ich dafür die beste Möglichkeit. Die nächste Frage war dann: In welcher Partei? Mich interessieren beson-

ders Umweltpolitik und soziale Gerechtigkeit, da war die Frage schnell geklärt: die GRÜNEN!

Recht schnell konnte ich politische Ämter wahrnehmen, da hatte ich wirklich Glück. Und schnell musste ich feststellen, dass die Strukturen festgefahren waren und ich es als Neuling nicht leicht haben würde. Dennoch glaube ich, dass wir einigen frischen Wind und frische Ideen in die Bezirksvertretung Huckarde einbringen.

Wie ist das Leben und Arbeiten in einer Partei zwischen lauter Leuten, die deine Eltern oder Großeltern sein könnten?

Ach, so alt seid ihr doch gar nicht!!! Aber klar, ich gehöre schon zu den Jüngeren. Was ich mir jedoch wünschen würde, ist, dass den jüngeren Mitgliedern mehr zugetraut wird. Die meisten haben ziemlich viel auf dem Kasten!

Wie begegnest du den Rechten in Huckarde – oder wie begegnen sie dir?

Schon während meiner Schulzeit am Reinoldus- und Schiller Gymnasium in Dorstfeld hatten wir Probleme mit den Nazis. Durch die dortige Arbeitsgemeinschaft CourAGE konnten wir denen aber die Stirn bieten.

Mein Weg in die Zukunft mit und für die GRÜNEN in Dortmund



Aufgewachsen mit drei Schwestern in einem kleinen Dorf am Rande des Sauerlandes. Dann aus Liebe im schönen Menden „hängen geblieben“ und als Industriekauffrau und als Assistentin der Geschäftsführung über 30 Jahre in einem mittelständischen Betrieb gearbeitet.

Mehr als 20 Jahre arbeitete ich ehrenamtlich im CVJM. Seit weiteren 15 Jahren bin ich – ehrenamtlich – Geschäftsführerin eines großen Sportvereins in Menden. Daher kannte ich auch Peter Köhler. Dann suchte ich im Rahmen einer Maßnahme ein Praktikum – und konnte so die Arbeit der GRÜNEN in Dortmund miterleben.

Kennen lernte ich hier tolle Menschen, die mit viel Engagement, Durchsetzungsvermögen und „Zeiteinsatz“ für GRÜNE Politik in Dortmund kämpfen. Sie bewegten mich, mitzumachen und sie zu unterstützen, auch wenn es nur um „Bürokratie geht“. Diese Berufung ist einfach mein Ding! Denn die Gemeinschaft, das Mit- und Füreinander machen mir sehr viel Freude.

Und sonst? Mit der Familie und Freunden leben, erleben und beleben, statt auf der Couch zu hocken. Und ich liebe den Sport – „im Rahmen meiner Möglichkeiten“.

Veronika Edler unterstützt jetzt dauerhaft die Kreisgeschäftsführung.

In Huckarde konnten sich die Nazis bislang nicht ausbreiten. Trotzdem wird Huckarde vermehrt Schauplatz von Nazi-Demonstrationen. Für mich ist die beste Möglichkeit den Rechten zu begegnen, ihnen zu zeigen, dass man keine Angst vor ihnen hat. Und dass die demokratischen Parteien die Ansprechpartner für Sorgen und Nöte der Bevölkerung sind und nicht solche, die Angst und Hass schüren.

Du engagierst dich auch bei der Tafel ...

Bei der Tafel habe ich bereits mit 19 angefangen. Damals hatte ich zusammen mit meiner Schwester und einer Hauswirtin eine Kindertafel eingerichtet. Dort konnten Kinder mit ihren Eltern lernen, mit wenig Geld gesund zu kochen. Im Laufe der Zeit habe ich dann bei der Huckarder Tafel ausgeholfen und zusammen mit einem Rechtsanwalt im Dortmunder Gasthaus habe ich kostenlose Rechtsberatung angeboten. Über die BV Huckarde erreichten wir Unterstützung für die Tafel zu Weihnachten sowie für ein Weihnachtsessen für Obdachlose. Letztes Jahr wurde ich zudem für mein 5-jähriges Engagement bei der Tafel geehrt.

Wenn nun jemand auch in Huckarde mitmachen will – wie kann sie/er das am besten machen?

Jede*r kann jederzeit in Huckarde mitmachen. Ein guter Start wären zum Beispiel die Sitzungen vom Ortsverband jeden ersten Donnerstag im Monat im Frauenzentrum Huckarde.

Und welche Erwartungen sollten sie sich gleich abschminken?

Gar nichts. Jeder hat die gleichen Chancen und Möglichkeiten! Wenn man die Welt retten will, sollte man sich jedoch einiges an Zeit einplanen ...

,25, ist Doktorandin im Medienrecht, stellvertretende Fraktionsvorsitzende in der BV Huckarde und Sprecherin im OV Huckarde. Das Interview führte ...

FRAGEN? ANREGUNGEN? LUST, POLITIK IN DORTMUND MITZUGESTALTEN?

Sprecht uns an – wir freuen uns auf euch!

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Kreisverband Dortmund

Königswall 8 · 44137 Dortmund · Tel.: 0231/12 11 71 · Fax.: 0231/12 11 64

E-Mail: info@gruene-dortmund.de · Internet: www.gruene-dortmund.de

www.facebook.com/gruenedortmund

Öffnungszeiten: montags bis freitags von 10.30 bis 15.30 Uhr
donnerstags von 10.30 bis 19.00 Uhr

Kreisgeschäftsführer: Peter Köhler

Büromanagement: Veronika Edler

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Rat der Stadt Dortmund

Friedensplatz 1 · 44122 Dortmund · Tel.: 0231/50 220 78 · Fax: 0231/50 220 94

E-Mail: fraktion@gruene-do.de · Internet: www.gruene-do.de

Ansprechpartner*innen im Büro:

Sabine Pezely Fachbereiche Ökologie, Stadtplanung, Finanzen, Wirtschaft und Kultur

Stefan Neuhaus Fachbereiche Sozialpolitik, Bürgerdienste, Schule, Kinder und Jugend

Manuela Meyer Büromanagement

GRÜNE Jugend Dortmund

Königswall 8 · 44137 Dortmund

E-Mail: info@gjdo.de · Internet: www.gjdo.de

TERMINE

Alle Termine im Büro des Kreisverbands, Königswall 8

MI	11. Januar 2017	19 Uhr	-> Mitgliederversammlung: Wahl der Direktkandidat*innen zur Bundestagswahl
SO	29. Januar 2017	11 Uhr	-> Neujahrsempfang
MI	22. Februar 2017	19 Uhr	-> AG Bundespolitik
FR	7. April 2017	19 Uhr	-> Mitgliederversammlung mit Verena Schäffer Thema NSU-Untersuchungsausschuss
SA	11. März 2017		-> Jahreshauptversammlung


IMPRESSUM: GRINDO ist eine Publikation von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Dortmund · Königswall 8 · 44137 Dortmund (Herausgeber)
Tel. 0231 - 12 11 71 · info@gruene-dortmund.de

V. I. S. D. P.: Katja Bender (Sprecherin) und Remo Licandro (Sprecher).

FOTOS: Gerd Schmedes (Titel, 2/3 [Hintergrund], 6 [o. & u.], 5, 6/7, 8/9, 11, 14 [Hintergrund], 16),

GRÜNE Dortmund (9 [Portrait], 10, 12, 14 [Archiv], 15 [Portraits]), Jens Woelki (2 [Portrait]),

REDAKTION: Jens Woelki

LAYOUT, GRAFIK: Gerd Schmedes -> gabak artistic advice 

DRUCK: Brasse & Nolte, Dortmund, Dezember 2016

AUFLAGE: 1.000 Exemplare · Die Abgabe ist kostenfrei.